

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 63

DIENSTAG, DEN 9. AUGUST

2016

Inhalt:

	Seite		Seite
Einleitung einer Änderung des Flächennutzungsplans.....	1349	Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1351
Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 10 Absätze 3 und 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit den §§ 8 bis 10 der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (9. BImSchV) sowie § 8 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 95 und § 87 des Hamburgischen Wasser- gesetzes (HWaG) sowie § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz 1 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung (IZÜV).....	1350	Plangenehmigungsbescheid zur Änderung der Hochwasserschutzanlage Harburger Hauptdeich.....	1351

BEKANNTMACHUNGEN

Einleitung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), für den Geltungsbereich begrenzt von Bundesautobahn A 7, der Volkspark- und der Kieler Straße, sowie weiterer, sich im Kreuzungsbereich Volksparkstraße/Sportplatzring und Kieler Straße anschließender Teilflächen im Stadtteil Stellingen (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321) den Flächennutzungsplan zu ändern (F 02/15, „Mischnutzungen und Gewerbe an der Kieler Straße in Stellingen“).

Eine Karte zum Aufstellungsbeschluss, in der das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung farblich angelegt ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Eimsbüttel während der Dienststunden eingesehen werden.

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans sollen auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung nördlich der Volksparkstraße gewerbliche Nutzungen für insbesondere produzierendes und verarbeitendes Gewerbe planerisch

gesichert und das Stadtteilzentrum Stellingen entsprechend seiner aktuellen und künftigen Lage im Kreuzungsbereich Volksparkstraße/Sportplatzring/Kieler Straße dargestellt werden.

Entsprechend erfolgt im westlichen Änderungsbereich die Änderung von „Gemischten Bauflächen“ und „Gemischten Bauflächen, deren Charakter als Dienstleistungszentren für die Wohnbevölkerung und für die Wirtschaft durch besondere Festsetzungen gesichert werden soll“ in „Gewerbliche Baufläche“.

Im Kreuzungsbereich Volksparkstraße/Sportplatzring/Kieler Straße wird die Darstellung von „Gemischten Bauflächen“ und „Wohnbauflächen“ in „Gemischte Bauflächen, deren Charakter als Dienstleistungszentren für die Wohnbevölkerung und für die Wirtschaft durch besondere Festsetzungen gesichert werden soll“ geändert.

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von etwa 15,2 ha.

Hamburg, den 15. Juli 2016

Der Senat

Amtl. Anz. S. 1349

**Öffentliche Bekanntmachung
gemäß § 10 Absätze 3 und 4 des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)
in Verbindung mit den §§ 8 bis 10 der
Neunten Verordnung zur Durchführung
des BImSchG (9. BImSchV) sowie
§ 8 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes
(WHG) in Verbindung mit § 95 und
§ 87 des Hamburgischen Wassergesetzes
(HWaG) sowie § 2 Absatz 1 in
Verbindung mit § 4 Absatz 1 der
Industriekläranlagen-Zulassungs- und
Überwachungsverordnung (IZÜV)**

**Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum
Betrieb einer chemischen Produktionsanlage „Fabrik 3“
sowie Antrag auf Wasserrechtliche Erlaubnis
für die Einleitung von Niederschlagswasser
in den Billbrookkanal**

Die Firma Schill + Seilacher „Struktol“ GmbH, Moorfleeter Straße 28, 22113 Hamburg, hat am 1. Februar 2016 bei der Behörde für Umwelt und Energie die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer chemischen Produktionsanlage für die Herstellung von organischen Chemikalien am Standort Liebigstraße 60, 22113 Hamburg, Gemarkung Billbrook, Flurstück 1241, beantragt. Die Vollständigkeit des Antrages wurde am 27. Juli 2016 festgestellt. Zur Realisierung des Vorhabens wird bestehende Bebauung auf dem Gelände teilweise zurückgebaut.

Bei dem beantragten Vorhaben handelt es sich um eine Produktionsanlage zur Herstellung von organischen Chemikalien. Das Vorhaben soll in zwei Bauabschnitten realisiert werden, wobei der erste Bauabschnitt insbesondere die Errichtung eines ex-geschützten Produktionsgebäudes mit sechs Reaktorstellplätzen und einer Produktionskapazität von 22000 t/a (Zwischen- und Endprodukte) einschließlich aller erforderlichen Nebenanlagen, Gebindelager, Tanklager mit zehn Tanks zu je 50m³ sowie Umschlags- und Bereitstellungsflächen umfasst. Im zweiten Bauabschnitt soll insbesondere ein Anbau an das Produktionsgebäude mit fünf Reaktorplätzen (nicht ex-geschützt) und einer zusätzlichen Produktionskapazität von 18500 t/a sowie der Erweiterung der Nebenanlagen sowie des Tanklagers um vier Tanks je 50m³ erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 4 Absatz 1 BImSchG in Verbindung mit Nummer 4.1.21 Verfahrensart G des Anhangs 1 zur Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (4. BImSchV).

Auf Antrag des Vorhabenträgers soll für das Vorhaben gemäß § 8 BImSchG zunächst eine Teilgenehmigung für die Errichtung und den Betrieb eines ersten Bauabschnitts erteilt werden. Die Inbetriebnahme des 1. Bauabschnitts ist für Dezember 2017, die des 2. Bauabschnitts innerhalb von fünf Jahren nach Inbetriebnahme von Bauabschnitt 1 geplant.

Der Vorhabenträger hat nach § 8 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von Niederschlagswasser in den Billbrookkanal beantragt. Es soll das anfallende, unbelastete Niederschlagswasser von den Dächern der zu errichtenden Gebäude und Bestandsgebäude sowie das zur Verhinderung von Überflutungen des Betriebsgeländes bei Starkregen-

ereignissen über einen Notüberlauf anfallende Niederschlagswasser der Verkehrsflächen eingeleitet werden.

Die beantragten Maßnahmen stellen ein Vorhaben im Sinne von § 2 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dar, für welches gemäß § 3 c UVP in Verbindung mit Nummer 4.2 der Anlage 1 zum UVP eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles, ob die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, durchzuführen ist.

Die überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 des UVP aufgeführten Kriterien hat ergeben, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen haben kann und die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist. Das Ergebnis der Prüfung wurde am 18. April 2016 im Amtlichen Anzeiger veröffentlicht.

Diese Feststellung ist gemäß § 3 a UVP nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung zu dieser Feststellung kann nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes bei der Behörde für Umwelt und Energie – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eingesehen werden.

Für die genannten Rechtsgrundlagen ist der Wortlaut der jeweils geltenden Fassung maßgeblich.

Auslegung

Der Genehmigungsantrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz und der Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis mit den jeweils dazugehörigen Unterlagen liegen vom 15. August 2016 bis einschließlich 14. September 2016 an den folgenden Stellen zu den angegebenen Zeiten zur Einsicht aus:

1. Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, Raum F.04.305, 21109 Hamburg, montags bis donnerstags 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr;
2. Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Klosterwall 6 (Block C), Raum 200 (II. Obergeschoss beim Infopoint), 20095 Hamburg, montags, dienstags und donnerstags 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Einwendungen

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom 15. August 2016 bis zwei Wochen nach Ablauf der angegebenen Auslegungsfrist, also bis zum 28. September 2016, schriftlich bei den oben genannten Dienststellen erhoben werden. Mit Ablauf dieser Frist sind bis zur Erteilung der Genehmigung alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Der Ausschluss von Einwendungen gilt nicht für ein sich gegebenenfalls anschließendes behördliches Widerspruchsverfahren sowie in gerichtlichen Verfahren.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, sowie Einwendungen mit fehlenden oder unleserlichen Namen oder Adressenangaben werden nicht berücksichtigt.

Die Einwendungen werden der Antragstellerin und den von ihrem Aufgabenbereich berührten Behörden bekannt gegeben. Auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders werden deren/dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

1. Die Erörterung der form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zum Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung, soweit dieses für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann, findet am Dienstag, den 8. November 2016 von 10.00 Uhr bis etwa 18.00 Uhr in der Behörde für Umwelt und Energie, Neuenfelder Straße 19, Raum F.03.289, 21109 Hamburg, statt.
2. Die Erörterung der form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zum Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis, soweit dieses für die Prüfung der Erlaubnisvoraussetzungen von Bedeutung sein kann, findet am Donnerstag, den 10. November 2016, von 10.00 Uhr bis etwa 18.00 Uhr in der Behörde für Umwelt und Energie, Neuenfelder Straße 19, Raum E.02.728, 21109 Hamburg, statt.

Die Erörterung der form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen ist öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch eine öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Hamburg, den 9. August 2016

**Die Behörde für Umwelt und Energie
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –**

Amtl. Anz. S. 1350

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Das Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Fachbereich Tiefbau, hat bei der Wasserbehörde des Bezirksamtes Hamburg-Nord den Rückbau einer Ufermauer und Herstellung einer naturnahen Böschung im Bereich des Fuhlsbütteler Mühlenteiches beantragt. Das Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Nummer 1.18.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) dar. Nach der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG in Verbindung mit den Regelungen des HmbUVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung des Bezirksamtes Hamburg-Nord auf Grund überschlüssiger Prüfungen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Unterlagen können im Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen

und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raumes –Tiefbau –, Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg, entsprechend den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes eingesehen werden.

Hamburg, den 3. August 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1351

Plangenehmigungsbescheid zur Änderung der Hochwasserschutzanlage Harburger Hauptdeich

Das damalige Amt für Wasserwirtschaft (heute: Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer) hat am 4. Juli 2002 die Umgestaltung der Hochwasserschutzanlage Harburger Hauptdeich zwischen Deichkilometer 5,100 und 5,286 beantragt.

Gegenstand des Vorhabens waren die Herstellung der Binnendeichböschung mit Binnendeichgraben und Binnendeichweg, die Anpassung der Leitungstrassen und die Änderung der Deichgrundgrenze nach Abbruch des in der Binnendeichböschung befindlichen Reviergebäudes III der Wasserschutzpolizei und der Deichrampe. Die geplanten Maßnahmen fanden auf FHH-Flächen statt.

Der Plan für die Umgestaltung der oben genannten Hochwasserschutzanlage ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), vom 28. Juli 2016 nachträglich festgestellt. Die Feststellung beruht auf § 55 des Hamburgischen Wassergesetzes in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes. Den bekannten Betroffenen wurde der Plangenehmigungsbescheid zugestellt.

Die genehmigten Pläne werden öffentlich ausgelegt in der Zeit vom 15. August 2016 bis zum 31. August 2016 im Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Harburger Rathausforum 2, 21073 Hamburg, montags und freitags von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr, dienstags und donnerstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg, Raum B 7.27, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr nach telefonischer Voranmeldung unter Telefon 040/4 28 26 - 25 40.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber den der Plangenehmigungsbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt.

Gegen den Plangenehmigungsbescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, Klage erhoben werden.

Hamburg, den 28. Juli 2016

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht
als Plangenehmigungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 1351

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung
Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Bundesbauabteilung Hamburg
Postanschrift:
Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**
- I.3) **Kommunikation**
Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter
<https://service.bi-online.de/TenderDocuments/D425831351>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:
die oben genannten Kontaktstellen.
Angebote sind einzureichen:
an die oben genannten Kontaktstellen.
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags
BWK: Umbau Haus 1 – Raumluftechnische Anlagen, Kreuzbau
Referenznummer der Bekanntmachung:
16 E 0271
- II.1.2) CPV-Code: 45215140-0
Zusatzteil: keine
- II.1.3) Art des Auftrags
Bauftrag
- II.1.4) Kurze Beschreibung
Installation von Raumluftechnischen Anlagen.
- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert
- II.1.6) Angaben zu den Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
45331200-8
- II.2.3) Erfüllungsort
Nuts-Code: DE600
Hauptort Ausführung: 22049 Hamburg
Bundeswehrkrankenhaus, Lesserstraße 180

- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung
(Art und Umfang der Bauarbeiten bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen)
KG 430 – Lufttechnische Anlagen:
1 Stk Lüftungsanlage mit WRG ca. 15.300 m³/h inkl. KVS-Hydraulikmodul, 1 Stk Lüftungsanlage mit WRG ca. 3.070 m³/h, 1 Stk Kompaktlüftungsanlage ca. 300 m³/h, 2 Stk Einzel-Abluftventilatoren ca. 200-750 m³/h, ca. 2.150 m² Kanalnetz aus verzinktem Stahlblech, ca. 460 m Rundrohr aus verzinktem Stahlblech, ca. 38 Stk Brandschutzklappen.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium, alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags
Beginn: 4. Oktober 2016
Ende: 23. Januar 2018
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: Nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: Nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs oder Handelsregister
Die Eignung ist durch Eintragung in die Liste einer Präqualifikationsstelle oder als vorläufiger Nachweis durch Eigenerklärungen gem. Formblatt – Eigenerklärungen zur Eignung – nachzuweisen.
Zugelassene Präqualifikationsstellen:
– PQ VOB
– HPQR
Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind die im Formblatt – Eigenerklärung zur Eignung – angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.
Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt – Eigenerklärung

zur Eignung – auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen.

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt Eigenerklärung zur Eignung ist erhältlich und wird mit den Vergabeunterlagen ausgegeben.

Als Eigenerklärung vorzulegen:

- Angaben zur Eintragung im Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet/die Eröffnung beantragt/mangels Masse abgelehnt/ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde oder ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet.
- Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.
- Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist.
- Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Allgemeine Hinweise und Angaben zur Nachweisbringung: siehe III.1.1).

Als Eigenerklärung vorzulegen:

- Angaben zum Umsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, Bauleistungen u. a. Leistungen betreffend, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
- Angaben über die Ausführung von Leistungen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- Angabe der Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Allgemeine Hinweise und Angaben zur Nachweisbringung: siehe III.1.1).

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren Bekanntmachungsnummer im ABl.: –

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote 6. September 2016, 10.00 Uhr

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote eingereicht werden können

DE

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis:
7. November 2016

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

6. September 2016, 10.00 Uhr

Ort: siehe I.1, Raum: 8.01

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die Zahlung erfolgt elektronisch.

VI.3) Zusätzliche Angaben

Vergabeunterlagen in elektronischer Form werden im Internet unter www.bi-medien.de zur Verfügung gestellt. Informationen zum Abruf der Vergabeunterlagen: siehe I.3 Kommunikation.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:

Bundeskartellamt Bonn

Postanschrift:

Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn, DE

Telefon: 00 49/(0)228/9499-0

Telefax: 00 49/(0)228/9499-400

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

28. Juli 2016

Hamburg, den 28. Juli 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

Öffentliche Ausschreibung**Vergabenummer: 16 A 0311**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **16 A 0311**
Lieferung und Montage von Kondensat
84114 B 2016 BBN DOK Douaumont-Kaserne
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Universtät der Bundeswehr,
Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Lieferung und Montage von acht Kondensatkühlern für das anfallende Kondensat in Klimaanlage inkl. der Rohrinstallationen.
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 5. September 2016
Fertigstellung: 30. September 2016
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D425891402>
bereit. Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
19. August 2016, 11.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 19. September 2016
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

Hamburg, den 2. August 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

691

Öffentliche Ausschreibung**Vergabenummer: 16 A 0308**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **16 A 0308**
Trockenbau
62681B2016 Erneuerung der Deckenbekleidung in zwei KFZ-Hallen

- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Zollfahndungsamt
Sieker Landstraße 13, 22143 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Demontage der vorhandenen geputzten Heraklit-Deckenbekleidung in 2 KFZ-Hallen. Lieferung und Montage von Gipsfaser-Bauplatten (12,5 mm) zur Erneuern der Deckenbekleidung. Die neu zu erstellenden Deckenbekleidung aus Gipsfaserplatten wird mit CD-Profilen an die Holzbalken der bestehenden Decke gesetzt und mit einer Standardverspachtelung versehen. Die bestehende Decke ist vorher auf Tragfähigkeit zu prüfen. Die Einbauhöhe beträgt ca. 6 m, ein Gerüst ist vom AN zu liefern, aufzubauen und 4 Wochen vorzuhalten. Die gesamte Deckenfläche beträgt ca 550 m² (ca. 335 m² und ca. 215 m²).
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 48. Kalenderwoche 2016
Fertigstellung: 51. Kalenderwoche 2016
- j) Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D425901421>
bereit. Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
24. August 2016, 10.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmern präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmern sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmern in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 23. September 2016
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 / (0)40 / 4 28 42 - 450

Hamburg, den 3. August 2016

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –**

692

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Fiddigshagen 11, 21035 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 069-16 LG**
Der Bauherr, Schulbau Hamburg, plant einen Zu- und Ersatzbau für die Ganztagschule Nettelnburg im Fiddigshagen 11 in Hamburg. Der Erweiterungsbau umfasst einen offenen Speiseraum, Unterrichts- und Verwaltungsräume. Im Übergang zum Bestandsgebäude ist eine Pausenhalle geplant. Im Anschlussbereich des bestehenden Schulgebäudes sind in diesem Zuge Umbaumaßnahmen erforderlich.

Der 2-geschossige Neubau besteht aus einer Holzbalken-Dachkonstruktion sowie Stahlbeton- und Mauerwerkswänden und Stahlbetonstützen mit einer massiven Geschossdecke über dem Erdgeschoss. Die Pausenhalle besteht aus einer massiven Dachdecke und je 2 Stützen an der Längsseite des Gebäudes.

Der Lastabtrag in den Baugrund erfolgt über eine frei tragende Sohlplatte, welche über einen Balkenrost mit Pfählen tiefgegründet ist.

Die Gebäudeabmessungen betragen:

Mensa/Klassenräume:

L x B x H: 41,16 m x 40,33 m x 8,90 m

Pausenhalle:

L x B x H: 10,90 m x 8,56 m x 7,90 m

Baunull liegt auf + 2,66 m NN.

Los 1: Heizungs- und Lüftungstechnik

Los 2: Sanitärtechnik

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

g) Entfällt

h) **Los 1: Heizungs- und Lüftungstechnik**

Leistungsumfang:

940 m C-Stahlrohr bis DN 12

860 m C-Stahlrohr bis DN 40

40 St Strangabsperrentile bis DN 32

73 Stk. Plattenheizkörper mit Thermostat

1 Stk. Dunstabzugshaube 600m³/h mit Abluftzubehör

80 m Wickelfalzrohr Stahl bis DN 250

2 Stk. Deflektorhaube bis DN 250

Los 2: Sanitärtechnik

Leistungsumfang:

380 m HT-PP Rohr bis DN 90 schallgedämmt

350 m Rohr Stahl niro geschweißt Trinkwasser inkl.

30 Stk. Ausstattung Waschtisch und Sanitärporzellan

12 Stk. Feuerlöscher

i) Baubeginn: ca. April 2017

Bauende: ca. Mai 2018

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter <http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>

Hinter „LINK Los 1“ und „LINK Los 2“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht..

l) Entfällt

m) Entfällt

n) Die Angebote können für Los 1 bis zum 26. August 2016 bis 10.30 Uhr und für Los 2 bis zum 26. August 2016 bis 11.00 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift:

SBH | Schulbau Hamburg,

Einkauf/Vergabe

Ausschreibungsmanagement VOB (U 42),

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt für Los 1 am 26. August 2016 um 10.30 Uhr und für Los 2 am 26. August 2016 um 11.00 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bei der Submission zugelassene Personen:

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

oder

– Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend),

– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),

– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),

– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2013, 2014, 2015),

– mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,

und

– gültige Freistellungsbescheinigung.

Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 26. September 2016.

w) Beschwerdestelle:

FB SBH | Schulbau Hamburg,

Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,

Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

x) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:

SBH Homepage:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>

und Zentrale Veröffentlichungsplattform:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>

Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 2. August 2016

Die Finanzbehörde

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Ebelingplatz 9, 20537 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 070-16 LG**
Die G9 Berufliche Schule Kraftfahrzeugtechnik befindet sich im Bezirk Mitte, im Stadtteil Hamm. Die geplante Maßnahme umfasst die Sanierung und den Umbau von Haus 15, der Gewerbeschule für Kraftfahrzeugtechnik sowie den Rückbau eines Stabdachtragwerks zwecks Flächenreduzierung der ehemaligen Cafeteria und Umnutzung zur neuen Mediathek.
Der erdgeschossige Grundkörper exklusive des unmittelbar angrenzenden Mensaneubaus weist eine Kubatur von ca. 40 m Breite und 45 m Länge auf, hat im Osten einen Gebäudevorsprung und umschließt einen zentralen Innenhof. Im Obergeschoss befindet sich die als Staffelfaufgestellte Aula mit Abmessungen von ca. 17,5 m x 25,50 m.
Trockenbauarbeiten
Leistungsumfang:
185 m² Gipskarton-Montagewand d=150 mm
535 m² wie vorh. jedoch F90 Qualität
70 m² Gipskarton-Montagewand d= 125 mm
15 m² wie vorh. jedoch F 90 Qualität
45 m² Gipskarton-Systemwand d = 300 mm
14 Stck. Türöffnungen herstellen 1,01 x 2,135 m
130 m² GK-Decken
Diverse Revi-Klappen
995 m² Akustikdeckensystem
140 m² Rasterdecke
Diverse Innentüren
1 Stck mobile Segmentschiebewand H=4,50, B=11,71 m
WC-Trennwände
HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Baubeginn: September 2016
Bauende: Mai 2017
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter <http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>
Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.
Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht..
- l) Entfällt
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 25. August 2016 bis 10.40 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote finden statt am 25. August 2016 um 10.40 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bei der Submission zugelassene Personen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
oder
– Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend),
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2013, 2014, 2015),
– mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,
und
– gültige Freistellungsbescheinigung.
Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 24. September 2016.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37
- x) Anfragen von Bieter werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:
SBH Homepage:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>

und Zentrale Veröffentlichungsplattform:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>

Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 1. August 2016

Die Finanzbehörde

694

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0143,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Im Allhorn 45, 22359 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 071-16 LG**
 Die Gesamtmaßnahme umfasst die Sanierung des Nordflügels des Gymnasiums Walddörfer im Hamburger Stadtteil Volksdorf mit einer Fläche von 4.175 m² (NGF). Die Bearbeitung erfolgt in 2 voneinander unabhängigen Bauabschnitten zu jeweils ca. 50 % Flächenanteil.
- Fensterbauarbeiten**
 Leistungsumfang:
 Das Sanierungskonzept sieht ebenso vor, den Großteil der Vertikalschiebefenster (153 Stck.) durch neue zu ersetzen. Des Weiteren werden 27 Stck. Kipp-Flügel-Fenster, 2 festverglaste Fenster und 6 Türanlagen demontiert und durch neue ersetzt. Ergänzend werden bauzeitliche Vertikal-Schiebefenster in ausgesuchten Fassadenabschnitten instandgesetzt.
- HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Baubeginn: Oktober 2016
Bauende: ca. April 2017
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter <http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>
 Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.
 Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht..
- l) Entfällt
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 24. August 2016 bis 10.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote finden statt am 24. August 2016 um 10.30 Uhr.
 Anschrift: siehe Buchstabe o).
 Bei der Submission zugelassene Personen:
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
 Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
 oder
- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend),
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2013, 2014, 2015),
 - mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,
- und
- gültige Freistellungsbescheinigung.
- Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 23. September 2016.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0137
- x) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:
 SBH Homepage:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
 und Zentrale Veröffentlichungsplattform:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>
 Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 1. August 2016

Die Finanzbehörde

695

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung (national)

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5
Zentraler Einkauf und Vergabeaufsicht GF/Z
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 26 - 24 95, Telefax: 040/4 27 31 - 34 48
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/bauleistungen/>. Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Alternativ können Sie die hier bekannten gemachten Unterlagen auch unter <https://ausschreibungsunterlagen.hamburg.de/fb2da835f8/?raw=1> direkt herunterladen. Es erfolgt KEIN VERSAND per Post oder E-Mail. Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt NICHT.
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg Glinder Au
- f) Vergabenummer: **ÖA-GFZ-2046/16**
Bauvorhaben: Bw. Nr. 567, Glinder Au, Sanierung der LSW
Wesentliche Leistungen:
Austausch LSW-Elemente 1.170 m².
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: Unverzüglich nach Zuschlagserteilung
Ende: 17. Februar 2017
- j) Nebenangebote zugelassen.
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 24. August 2016 um 9.30 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Landesbetrieb Straßen Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle (K5)/
Zentraler Einkauf und Vergabeaufsicht GF/Z,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg, Zimmer C 5.41

Angebotsabgabe in der Zeit von montags bis donnerstags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 14.00 Uhr.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 24. August 2016 um 9.30 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Angebotsterminplan (Vorlage mit dem Angebot). Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.

Auf gesondertes Verlangen sind folgende Nachweise und Angaben vorzulegen:

Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.

Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.

- Qualifikationsnachweis Verkehrssicherung MVAS
- Benennung ZTV-ING Koordinator und dessen ständigen Vertreter
- Qualifikationsnachweis für Korrosionsschutzarbeiten
- Herstellerqualifikation Stahlbau, EXC 2: Zertifikat über werkseigene Produktionskontrolle (WPK)+-Scheißzertifikat
- Qualifikationsnachweis Büro für technische Bearbeitung

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 23. September 2016 um 24.00 Uhr.

- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 34 58

Hamburg, den 2. August 2016

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer 696

Verhandlungsverfahren

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VgV VV 008-16 DK**

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Neubau und Sanierung von Klassengebäuden für die Grundschule und Stadtteilschule am Standort Stübenhofer Weg 20, Hamburg – Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI & Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI.

Dienstleistungsauftrag: Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI & Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI.

1360

Dienstag, den 9. August 2016

Amtl. Anz. Nr. 63

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

LOS 1: Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5 und 8).

Leistungsphasen 2 und 3 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5 und 8).

Leistungsphasen 4 bis 8 Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5 und 8) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).

Weitere besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technischen Ausrüstung gemäß § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5 und 8) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).

Auftragswert ohne MwSt: 310.000,- Euro

Laufzeit des Vertrags: 36 Monate

LOS 2: Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI

Leistungsphasen 1 und 2 Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI.

Leistungsphasen 3 bis 6 Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).

Weitere besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).

Auftragswert ohne MwSt.: 210.000,- Euro

Laufzeit des Vertrags: 36 Monate

Schlussstermin für die Einreichung der Teilnehmeanträge: 29. August 2016, 14.00 Uhr

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung und die Vergabeunterlagen sowie die Auskunftserteilungen (insbesondere Beantwortung von Bewerberfragen) erreichen Sie unter:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>

Bitte informieren Sie sich auch auf der Homepage von GMH unter:

<http://www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html>

Hamburg, den 3. August 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 697

Offenes Verfahren

- I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):
Sprinkenhof GmbH
Geschäftsbereich
Technisches Immobilienmanagement

Steinstraße 7, 20095 Hamburg
Zu Händen von: Frau Quilling,
Telefon: +49/40/3 39 54 - 416
Telefax: +49/40/3 39 54 - 279
E-Mail: heidi.quilling@sprinkenhof.de

- II.1.1) Bezeichnung des Auftrages durch den öffentlichen Auftraggeber:

OWF-Neubau Opernwerkstätten und -fundi, hier Mobile Kragarmregalanlage für Kulissen

- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag – Ausführungsort Hamburg-Rothenburgsort

- II.2) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Die Anlage wird durch die Schienenanlage (Einbau und Verbund mit der Bodenplatte) sowie die Einbindung in die Sprinkleranlage fester Bestandteil des Gebäudes.

Mobile Kragarmregalanlage mit 8 Stück Verfahrwagen (ca. 69 m lang, ca. 5,20 m breit, ca. 10 m hoch) mit Ständer und Kragarmkonstruktion. 4-Wege Seitenstapler (Batterieantrieb). Ca. 560 Containerwagen passend für Kragarmregalanlage (ca. 8,30 m lang, 2,3 m breit und 2,60 m hoch).

- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Beginn: 16. Oktober 2016

Abschluss: 31. August 2017

- III.1) Verfahrensart: offen

- IV.1) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnehmeanträge:

Tag: 19. September 2016, 10.00 Uhr

- V.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Vergaberecht, Zentrale Vergabeaufsicht
und Zivilrecht

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Telefon: +49/40/4 28 40 - 24 41

Telefax: +49/40/4 27 31 - 04 99

E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de

- VI.1) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

27. Juli 2016 – ID-Nr. 2016/S 146-264278

Die vollständigen Bedingungen der Auftragsbekanntmachung finden Sie auf der EU-Plattform zum Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union (www.TED.EUROPA.EU) unter Angabe der Referenznummer 2016/S 146-264278.

Hamburg, den 2. August 2016

Sprinkenhof GmbH

698